

DJI Bulletin 68

Dossier

Wundermittel gesucht! – Vom schwierigen Umgang mit schwierigen Jugendlichen

Berichte

Konkurrierende Gesetzgebung
als Chance für die Jugendhilfe

Familie neu denken

Lokale Netzwerke und kommunalpolitische
Steuerung in benachteiligten Stadtteilen



Seite 1 Bericht

Argumentationshilfe des DJI zur Föderalismusdebatte
Konkurrierende Gesetzgebung als Chance für die Jugendhilfe

Seite 2 Bericht

Familienwissenschaftliche Perspektiven am DJI
Familie neu denken

Seite 3 Bericht

Begleitforschung zum Bundesprogramm
»Entwicklung und Chancen« (E&C)
**Lokale Netzwerke und kommunalpolitische Steuerung
in benachteiligten Stadtteilen**

Seite 4 Dossier

Freiheitsentziehende Maßnahmen
im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe,
Kinder- und Jugendpsychiatrie und Justiz
**Wundermittel gesucht! –
Vom schwierigen Umgang mit
schwierigen Jugendlichen**

Seite 8 Kurz informiert

Seite 10 Tagungen

Seite 12 Publikationen

Das **Deutsche Jugendinstitut e. V.** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat z. Zt. folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Geschlechterforschung und Frauenpolitik, Social Monitoring sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge in Arbeit« und eine Außenstelle in Halle.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2
81541 München
Telefon: +49 (0)89 623 06-0
Fax: +49 (0)89 623 06-162
www.dji.de

Impressum

Herausgeber und Erscheinungsort:
Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München,
Deutschland

Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Redaktion: Ursula Winklhofer
Telefon: 089 623 06-263, Fax: -265,
E-Mail: winklhofer@dji.de
Dr. Jürgen Barthelmes
Telefon: 089 623 06-180, Fax: -265,
E-Mail: barthelmes@dji.de

Redaktionsassistentin und Vertrieb:
Stephanie Vontz
Telefon: 089 623 06-311,
E-Mail: vontz@dji.de

Satz, Gestaltung:
Anja Rohde

Druck und Versand:
grafik + druck GmbH, München

Bildnachweis:
Titel, S. 4: © Stockbyte; S. 6, 7:
© Digital Vision; S. 8: Volker
Derlath, München; S. 10: © LBS

ISSN 0930-7842

Das DJI-Bulletin erscheint viermal
im Jahr. Außerdem gibt es jährlich
eine Sonderausgabe in Englisch.

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung der
AutorInnen wieder.

Der kostenlose Bezug erfolgt auf
schriftliche Anforderung an die
Redaktion. Geben Sie bei einer
Adressenänderung bitte auch Ihre
alte Anschrift an. Die Adressen der
Abonnenten sind in einer Adress-
datei gespeichert und werden zu
Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit
des DJI verwendet.

Nachdruck unter Quellenangabe und
gegen Belegexemplar gestattet.

**Download (pdf) und HTML-Version
unter www.dji.de/bulletins**

Argumentationshilfe des DJI zur Föderalismusdebatte

Konkurrierende Gesetzgebung als Chance für die Jugendhilfe

Vor dem Hintergrund der schon länger andauernden Diskussion um die Zukunft des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland wurde im Herbst 2003 vom Bundestag und Bundesrat die »Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung« eingesetzt (sog. »Bundesstaatskommission« oder »Föderalismuskommission«). Ihre Aufgabe ist es, die Gesetzgebungszuständigkeiten und Finanzbeziehungen von Bund und Ländern zu überprüfen. Dies betrifft auch den Aufgabenbereich der öffentlichen Fürsorge. Mögliche Folgen für Organisation und Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe werden in einem Positionspapier des DJI diskutiert.

Ziel der Arbeit der Kommission soll es sein, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen und die Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern. Wichtige Bezugspunkte sind die Weiterentwicklung der europäischen Union und die Situation der Kommunen. Dabei sind tiefgreifende Veränderungen nicht ausgeschlossen: Die Kommission ist ggf. auch zu Formulierungsvorschlägen zur Änderung des Grundgesetzes aufgefordert, wenn dies zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland erforderlich sein sollte.

In Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe wurde in der zuständigen Projektgruppe dafür plädiert, die gesetzlichen Regelungsgegenstände in den vier Leistungsbereichen des SGB VIII auf Landesebene zu übertragen (d. h. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz; Förderung der Erziehung in der Familie; Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege; Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige). Zu erwägen sei darüber hinaus, ob auch die anderen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe in die gesetzgebenden Zuständigkeiten der Länder fallen sollten. Diese Forderungen zielen auf die Abschaffung der so genannten konkurrierenden Gesetzgebung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Bislang werden auf der Basis einer bun-

deseinheitlichen Gesetzgebung den Ländern in Form von so genannten Länder vorbehalten zum Teil erhebliche Gestaltungsspielräume eröffnet.

Die aktuelle Diskussion in der Kinder- und Jugendhilfe, die sich deutlich für die Beibehaltung der Bundeszuständigkeit ausspricht, konzentriert sich auf die möglichen Folgen einer derartigen Verlagerung von Gesetzgebungszuständigkeiten. Neben dem Verweis auf eine bundeseinheitliche Vertretung gegenüber Europa, der Verzahnung des KJHG mit einer Reihe anderer bundeseinheitlich geregelter Gesetze und der Notwendigkeit bundeseinheitlicher Verantwortlichkeiten lassen sich im Kern vor allem folgende Argumentationen erkennen:

- Die gesetzgeberischen Initiativen der letzten Jahre im Bundesrat haben deutlich gemacht, dass Änderungen des KJHG häufig unter dem Vorzeichen standen, die kommunalen Finanzen zu entlasten. Es geht also nicht nur um Gesetzgebungszuständigkeiten, sondern vielmehr auch um die sachgerechte Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs.
- Die Übertragung der entsprechenden Zuständigkeiten auf die Länder mag in einzelnen Bereichen (z. B. der Kindertagesbetreuung oder der Jugendarbeit) und in einzelnen Ländern zu durchaus begrüßenswerten, über die bisherigen Vorgaben des SGB VIII möglicherweise sogar hinausgehenden Verbesserungen führen. Gemeinsame Entwicklungen auf Bundesebene würden jedoch einen erheblichen Koordinationsbe-

darf und entsprechende Verfahren voraussetzen, die Veränderungen und Innovationen nach bisheriger Erfahrung eher behindern können.

- Angesichts der unterschiedlichen Größe und Leistungskraft und der strukturellen Gegebenheiten der Länder sind Ausgleichsmechanismen nötig. Die Grundlage hierfür liefern bislang die entsprechenden bundeseinheitlichen Regelungen und die darauf aufbauenden Absprachen für den Länderfinanzausgleich. Der regionale Wettbewerb der Lösungen, der immer wieder als scheinbare Alternative zur Bundeszuständigkeit in die Debatte geworfen wird, kann einen derartigen Ausgleich nicht ersetzen.

Ein fataler Nebeneffekt der aktuellen Diskussionen um die Neustrukturierung des föderalen Systems könnte sein, dass die Idee der konkurrierenden Gesetzgebung, also die einen fachlichen Rahmensetzende Gesetzgebung des Bundes im Zusammenspiel mit erheblichen Ausgestaltungsmöglichkeiten für die Länder, nicht nur in die Defensive gerät, sondern auf dem Verschiebebahnhof der Gesetzespakete desavouiert wird. Aus der Sicht des DJI scheint die Zeit jedoch reif, die mit einer weiterentwickelten konkurrierenden Gesetzgebung verbundenen Chancen einer flexiblen und differenzierten Kompetenzverteilung zu nutzen. In diesem Sinne ginge es dann weniger um Fragen der Organisationshoheit und der formalen Zuständigkeiten, sondern vorrangig um die Frage, wie am besten im Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern und Kommunen die sozialstaatlichen Gestaltungsaufträge und die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen der nachfolgenden Generationen in ganz Deutschland verfasst werden können.

Christian Lüders

Hinweis: Die ausführliche Argumentationshilfe des DJI »Konkurrierende Gesetzgebung als Chance« ist unter www.dji.de abrufbar. Die Dokumente und Protokolle der Kommission sind – soweit veröffentlicht – auf der Homepage des Bundesrates unter dem Link »Bundesstaatskommission« zugänglich: www.bundesrat.de

Familienwissenschaftliche Perspektiven am DJI

Familie neu denken

Die aktuellen Debatten um Geburtenrückgang und demographische Alterung, den Ausbau der Kinderbetreuung und frühe Bildung verweisen auf eine neue Relevanz des Themas Familie. Wie Familie heute gelebt wird und was sie leistet, ist nicht mehr selbstverständlich. Angesichts dieser Herausforderungen wird u. a. in einem familienwissenschaftlichen Kolloquium am Deutschen Jugendinstitut über grundlegende Aspekte von Familie reflektiert.

Von ganz unterschiedlichen Seiten her steht Familie derzeit neu im Mittelpunkt des Interesses. Nachdem die Normalfamilie von Vater, Mutter und Kind(ern), die dauerhaft zusammen unter einem Dach wohnen, die zwar noch dominierende, aber nicht mehr einzige Form des privaten Zusammenlebens darstellt, ist es nicht mehr selbstverständlich, was unter Familie zu verstehen ist. Die Abnahme von Eheschließungen und die steigende Scheidungsrate, aber auch Probleme der Balance von Familien- und Erwerbstätigkeit machen einen neuen Blick auf Familie erforderlich. Offensichtlich führen die Entwicklungen der »forcierten« Moderne zu Veränderungen von Familie, die über ihre breit diskutierte Pluralisierung weit hinausgehen (Maihofer 2004), weil sie tief in den Familienalltag eingreifen (Jurczyk/Lange 2002). Deutlich wird dies z. B. an der Zunahme atypischer Arbeitszeiten, welche die Betreuung der Kinder zu einem prekären Balanceakt macht (Szymenderski/Lange 2004).

Kennzeichnend für die aktuelle Situation ist der Verlust von Selbstverständlichkeiten. Das heißt vereinfacht gesagt: Das Zusammenleben von Eltern und Kindern und von Männern und Frauen impliziert nicht mehr automatisch bestimmte Formen von Familienleben und feste Rollenzuschreibungen. Vielmehr ist Familie heute als »Herstellungsleistung« zu begreifen. Damit ist gemeint, dass Familienleben auf der biographischen wie auf der alltäglichen Ebene eine Leistung eigener Art darstellt, in die alle Familienmitglieder einbezogen sind. Sie umschließt dabei symbolische wie konkrete materielle Praktiken – gesellschaftliche Anforderungen sowie Umbrüche müssen in den Familien ge-

deutet und in den Alltag handlungspraktisch integriert werden. Konkret meint das: Gemeinsame Zeiten und räumliche Treffpunkte müssen abgestimmt, die vielfältigen Medien- und Konsumangebote interpretiert, Verpflichtungen und persönliche Freiräume immer wieder neu ausgehandelt werden. Daraus folgt ein spezifisches Verständnis von Familienpolitik, die eben nicht rein monetär zugeschnitten sein darf, sondern deren Nützlichkeit sich an der Erleichterung der Herstellung eines gelingenden Familienalltags für alle Beteiligten bemisst.

Neue Impulse für die Grundsatzdebatte zum Begriff »Familie« geben die Thesen des Soziologen Karl Lenz (2003). Er plädiert dafür, Familie radikal von den bisherigen Konzepten zu lösen, um sie von allen wertbeladenen Bezügen zu befreien. Dazu sei es im Anschluss an die angloamerikanische Forschung zu »personal relationships« nützlich, Familie als wissenschaftlichen Allgemeinbegriff primär von den Beziehungen her zu verstehen, die durch Dauerhaftigkeit und Kontinuität gekennzeichnet sind. Wenn man Familie im Spannungsfeld von Wissenschaft, Praxis und Politik bearbeitet, greift ein solches Verständnis jedoch zu kurz. Familie als Sozialform zeichnet sich durch institutionelle Anerkennung aus. Politische und weltanschauliche Konflikte entzünden sich gerade an der fehlenden oder als zu vorschnell wahrgenommenen Anerkennung bestimmter privater Lebensformen.

Die Frage, welche Aspekte im Kern Familie konstituieren, führt zur Auseinandersetzung mit dem Care-Konzept, also der emotional fundierten Sorgearbeit (Brückner 2004). Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Ansätze

stellt sich das spannende, nicht abschließend zu beantwortende Gedankenexperiment: Was ist essentiell für Familie: Die äußere Form, die personelle Zusammensetzung, die Beziehungen, die Carearbeit?

Diese Überlegungen sollen weiter vertieft werden. Angesichts einer sich verändernden Forschungslandschaft mit immer kürzeren Projektlaufzeiten und zeitnaher Output- und Anwendungsorientierung kommt einer projektübergreifenden Verständigung über familienwissenschaftliche Perspektiven heute eine besondere Bedeutung zu.

Karin Jurczyk, Andreas Lange, Peggy Szymenderski

Literatur

- Brückner, M. (2004): Der gesellschaftliche Umgang mit menschlicher Hilfsbedürftigkeit. Fürsorge und Pflege in westlichen Wohlfahrtsregimen. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 29. Jg., Heft 2, S. 7–13
- Jurczyk, K./Lange, A. (2002): Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte. In: DISKURS, 12. Jg., Heft 3, S. 9–16
- Lenz, K. (2003): Familie – Abschied von einem Begriff? In: *Erwägen – Wissen – Ethik*, 14. Jg., Heft 3, S. 485–498
- Maihofer, A. (2004): Was wandelt sich im aktuellen Wandel der Familie? In: J. Beerhorst/A. Demirovic/M. Guggemos (Hrsg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt a.M., S. 384–408
- Szymenderski, P./Lange, A. (2004): »Entgrenzung: von Arbeitszeiten. Ein soziologischer Zugang. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 55. Jg., Heft 7/8, S. 459–469

Diskussionsforum Familienwissenschaftliches Kolloquium

Kontakt: Dr. Karin Jurczyk (Leitung Abteilung F), E-Mail: jurczyk@dji.de, PD Dr. Andreas Lange, Tel. 089 623 06-253, E-Mail: lange@dji.de; Homepage: www.dji.de/abt5 (Die ca. 90-minütigen Diskussionsveranstaltungen alle zwei Monate sind auch für Externe offen, wir bitten um Anmeldung per E-Mail.)

Lokale Netzwerke und kommunalpolitische Steuerung in benachteiligten Stadtteilen

In den 1990er-Jahren verschärften sich vor allem in den Großstädten die infrastrukturellen und sozialen Problemlagen benachteiligter Stadtteile. Das Bundesprogramm »Entwicklung und Chancen benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten« wurde im Jahr 2000 begonnen und verfolgt das Ziel, die in den Kommunen vorhandenen Ressourcen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe zu mobilisieren und zu vernetzen. Das DJI hat die wissenschaftliche Begleitung des Programmes übernommen. Neue Ansätze kommunalpolitischer Steuerung und die Wirksamkeit lokaler Netzwerke in den Stadtteilen stehen im Mittelpunkt der zweiten Forschungsphase.

Die erste Phase der wissenschaftlichen Begleitung des Programmes E&C (2000–2003) machte deutlich, dass die Wirksamkeit der lokalen Netzwerke und der damit verbundenen Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in hohem Maße von der Art der kommunalpolitischen Steuerung abhängt (vgl. Projektgruppe »Netzwerke im Stadtteil« 2004). Daraus leitet sich die zentrale Fragestellung der zweiten Phase der wissenschaftlichen Begleitung von E&C ab: Wie kommen kommunalpolitische Entscheidungen zustande?

Es wird davon ausgegangen, dass das Programm E&C im Kern Elemente aufweist, die kooperative, partizipative und dezentrale Strategien der Kommunalpolitik im Sinne von »Urban Governance« nahe legen. Mit dem Begriff »Governance« wird eine veränderte Sichtweise des Regierens, der Strukturen und Prozesse des »Politikmachens« bezeichnet. Neue Formen der Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, der horizontalen Koordination und Integration gelten als Chance für die Gewinnung politischer Gestaltungsspielräume (vgl. Jann/Wegrich 2004, S.194). Sowohl die starke Akzentsetzung auf den Vernetzungsgedanken – z. B. im Sinne einer ämter- und ressortübergreifenden Zusammenarbeit – als auch die Unterstützung und Beteiligung lokaler Ressourcen und Akteure in den Stadtteilen sind Ausdruck davon.

Um die Art und Weise der Entscheidungsprozesse abbilden zu können, wird die wissenschaftliche Begleitung auf drei Kernbereiche fokussiert: die lokalen Akti-

onspläne im Rahmen des ESF-Programms »Lokales Kapital für soziale Zwecke«, die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe im Verhältnis zu den neuen Einrichtungen der Arbeitsvermittlung (Job-Centern) im Zuge der Umsetzung von Hartz IV und die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule.

Beispielhaft soll hier das Programm »Lokales Kapital für Soziale Zwecke« (LOS) näher erläutert werden. Das Programm orientiert sich an der Entwicklungspolitik der Weltbank und wird mit der derzeitigen Förderperiode erstmals im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) implementiert. Die Idee besteht in der Aktivierung der sozialen Potenziale in benachteiligten Stadtteilen, Potenziale, die durch große zentrale Programme wie die ESF-Regelförderung nicht erreicht werden. Mit Mikroförderungen von max. 10.000 Euro pro Stadtteil und Förderzeitraum sollen Selbstorganisationskräfte durch lokale Initiativen angeregt und unterstützt werden.

Im Rahmen von LOS werden folgende Förderschwerpunkte verfolgt:

- Unterstützung einzelner Aktionen zur Förderung der beruflichen Eingliederung (z. B. Sprachlerngruppe für ausländische Mütter, Basiskompetenz Computer/Internet für Langzeitarbeitslose),
- Unterstützung von Organisationen und Netzen, die sich für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt einsetzen (z. B. Stadtteilmütter – ein Netzwerk zur Unterstützung der Kinderbetreuung, Aktivierung/Vermittlung Benachteiligter und Aufbau eines Netzwerkes

Nachbarschaftlicher Selbsthilfe),
– Unterstützung bei der Existenzgründung und bei der Gründung von sozialen Betrieben (z. B. Qualifizierung einer Theatergruppe zum Wirtschaftsbetrieb, Gründungswerkstatt: Schreiben von Existenzgründungskonzepten).

Anhand exemplarischer Fallstudien an 12 ausgewählten Standorten wird analysiert, welche Art von lokalen Aktionsplänen unter welchen Bedingungen sich als erfolgversprechend im Hinblick auf die Programmziele bewährt. Auf der Grundlage dieser Fallstudien sollen Indikatoren erarbeitet werden, die eine Gesamterhebung in allen E&C-Gebieten ermöglichen, um so die Modi der kommunalpolitischen Steuerung und den Zusammenhang dieser mit der Wirksamkeit von Netzwerken präziser analysieren und beschreiben zu können. Dabei kann auch herausgearbeitet werden, inwieweit sich Synergieeffekte, Partizipation und Bürgerengagement durch die neuen Programme erhöhen.

Heike Förster

Literatur:

Jann, W./Wegrich, K. (2004): Governance und Verwaltungspolitik. In: A. Benz (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, S. 194–214

Projektgruppe »Netzwerke im Stadtteil« (2004): Sozialräumliche Vernetzung und Kooperation in den Gebieten des Programmes E&C. Ergebnisse der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung. München

Projekt: E&C im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien

Laufzeit: Januar 2004 – Dezember 2006

Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Methoden: Explorative Fallstudien und standardisierte Erhebung

Durchführung: Susann Burchardt, Heike Förster, Christiane Kochner, Tatjana Mögling, Frank Tillmann

Kontakt: Heike Förster, Tel. 03 45 681 78-22, E-Mail: foerster@dji.de

Sabrina Hoops, Hanna Permien
**Freiheitsentziehende Maßnahmen
im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe,
Kinder- und Jugendpsychiatrie und Justiz**

Wundermittel gesucht! – Vom schwierigen Umgang mit schwierigen Jugendlichen



Jugendhilfe hat auch mit »besonders schwierigen Jugendlichen« zu tun – das sind Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren, die in eine Spirale von Drogen, Gewalt und Kriminalität geraten, aber mit »herkömmlichen« Mitteln der Jugendhilfe nicht mehr erreichbar sind, weil sie deren Angebote verweigern oder durch Provokation und Gewalt »sprengen«. Es gibt zwar einiges an Wissen über die Lebenswelten dieser Jugendlichen, doch trotz einer breiten Palette von Jugendhilfe-Angeboten herrscht viel Ratlosigkeit im Umgang mit ihnen vor. Wie aber lässt sich die Lebenssituation »besonders schwieriger Jugendlicher« stabilisieren? Wie können Pendelkarrieren zwischen Straße, Gefängnis und Psychiatrie verhindert werden, die den Jugendlichen wenig Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe geben?

Das DJI befasst sich seit Jahren mit dem Thema der »schwierigen Jugendlichen«. Dabei werden die verschiedenen Möglichkeiten in den Blick genommen, mit scheinbar »hoffnungslosen Fällen« umzugehen: Von niedrigschwelligen Ansätzen, wie Streetwork oder »Ambulante Intensive Begleitung«, bis hin zu freiheitsentziehenden Maßnahmen durch geschlossene Unterbringung in Heimen oder Kliniken.

Probleme machen heißt: Probleme haben – zum Beispiel Marvin

Als Marvin geboren wird, ist seine Mutter 16 Jahre alt. Die Eltern werfen ihre schwangere Tochter aus dem Haus. Sie findet Unterschlupf bei einem Freund, der nicht Marvins Vater ist. Der vermeintliche Retter entpuppt sich als brutaler Schläger. Nach vier Jahren Martyrium flüchtet die 20-jährige Mutter mit

Sohn ins *Frauenhaus*. Beide haben deutliche Spuren körperlicher Misshandlung. Marvin spricht kein Wort, reagiert aggressiv auf andere Kinder.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie stellt schwere Störungen der Entwicklung und Bindung als Folge von Vernachlässigung und Misshandlung fest. Empfohlen werden Spiel- und Sprachheiltherapie sowie professionelle Unterstützung der überforderten Mutter. Doch eine sozialpädagogische Familienhilfe scheitert.

Marvin kommt in ein *Kinderheim*, die vom Jugendamt vorgeschlagene Pflegefamilie lehnt die Mutter ab: Der Sohn könnte ihr dort entfremdet werden. Nur langsam fasst Marvin Zutrauen zu den Erzieherinnen. Die Mutter kommt selten zu Besuch. Auch kurz vor der Einschulung nässt er noch ein und gefährdet andere Kinder mit seinen Aggressionsausbrüchen. Deshalb ist er für das Heim »nicht mehr tragbar«. Er wird in die *Kinder- und Jugendpsychiatrie* eingewiesen, wo er auf beruhigende Medikamente eingestellt wird.

Von dort holen ihn seine *Großeltern* mit Billigung der Mutter zu sich. Sie wollen an ihrem Enkel »gutmachen«, was sie an ihrer Tochter versäumt haben. Marvin gewöhnt sich nur schwer an sein »neues Zuhause«, zumal der Großvater bei seinen vielen Verfehlungen hart durchgreift.

Am Ende des dritten Schuljahres muss Marvin in eine *Schule für Erziehungshilfe* wechseln. Die Antwort der Großeltern: eine Tracht Prügel und Einsperren im Keller. Marvin gelingt die Flucht. In einem Park schließt er sich Jugendlichen an, die dort »abhängen«. Angetrunken wird er von der Polizei entdeckt und in die Jugendschutzstelle gebracht. Dort nässt er wieder ein, ist gewalttätig gegenüber anderen Kindern und wird mehrfach beim Stehlen erwischt.

Endlich findet sich ein Platz in einer *Pflegefamilie*. Dort geht es zwei Jahre ganz gut. Doch mit Beginn der Pubertät häufen sich die Probleme: Lügen, Schuleschwänzen, Streunen, Alkoholkonsum, Diebstähle. Die Pflegeeltern geben auf.

Marvin kommt wieder in die *Kinder- und Jugendpsychiatrie* und nach sechs Wochen in eine *heilpädagogische Wohngruppe*, die er durch sein Verhalten »sprengt«. Das Jugendamt ist ratlos.

Da taucht die *Mutter* auf. Sie hat inzwischen geheiratet und nimmt den »verlorenen« Sohn wieder zu sich. Marvin will »in einer Familie« leben. Ein fremder Stiefvater und zwei Stiefgeschwister erwarten ihn. Einen Erziehungsbeistand lehnt die Mutter ab. Bald quält Marvin die Stiefgeschwister mit Schlägen und Tritten. »Mich mag doch eh keiner« brüllt er die Mutter an sowie den Stiefvater: »Du bist nicht mein Vater, du hast mir nichts zu sagen«. Um die Kleinen vor ihm schützen, kommt die Mutter Marvin in vielem entgegen. Sie möchte ihren Jungen nicht wieder verlieren. Doch bei ihm häufen sich diverse Straftaten, Übernachtungen bei pädophilen Männern und Alkoholkonsum. Das alarmierte Jugendamt bietet Hilfe an.

Notgedrungen willigt die Mutter ein, Marvin in eine 50 km entfernte offene *intensivtherapeutische Wohngruppe* zu geben. Er fühlt sich abgeschoben, und »schafft« es nach ein paar Monaten, auch aus dieser Einrichtung zu »fliegen«. Das Jugendamt rät der Mutter, beim zuständigen Familiengericht einen Antrag auf geschlossene Unterbringung zu stellen, denn nur noch dies könne Marvin vor dem Abgleiten in Prostitution, Drogensucht und Gewalttätigkeit schützen.

Bevor das Gericht über Notwendigkeit und Dauer einer geschlossenen Unterbringung in einem Heim entscheidet, muss Marvin zunächst zur Begutachtung in die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Er will nicht schon wieder »in die Klappe« und verschwindet. Nach zwei Tagen wird er aufgegriffen und in die

Klinik gebracht. Das Jugendamt bemüht sich indes mit Erfolg um einen der wenigen und sehr begehrten Plätze in einem Heim mit teilgeschlossenen Gruppen. Daraufhin erteilt das Familiengericht die Genehmigung zur geschlossenen Unterbringung. Der mittlerweile knapp 14-jährige Junge wird – gegen seinen Willen – aus der Klinik direkt in das *Heim* gebracht.

Freiheitsentziehende Maßnahmen – eine Lösung für »schwierige Fälle«?

Die »Geschlossene Unterbringung« (*GU*) als Thema (in) der Jugendhilfe provoziert und polarisiert. Das »Arbeiten mit Zwang« sei unvereinbar mit dem Aufbau pädagogischer Beziehungen als Grundlage für Erziehungserfolge, so kritische Stimmen. In der aktuellen Fachdiskussion wird jedoch betont, dass die zeitlich beschränkten »freiheitsentziehenden Maßnahmen« von heute nicht mehr viel mit den Langzeitaufenthalten in den »Erziehungsknästen« früherer Zeiten zu tun hätten. Die meist auf sechs bis 18 Monate begrenzte Zeit des »Freiheitsentzugs mit sukzessiver Öffnung« (nach etwa vier Wochen sind erste Ausgänge möglich) soll vielmehr – so die Konzeptionen – zu intensiver pädagogischer und therapeutischer Arbeit mit den Jugendlichen genutzt werden.

Zudem ist ein aufwendiges *Verfahren* gesetzlich vorgeschrieben, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu wahren und sie nicht leichtfertig gegen ihren Willen ihrer Freiheit zu berauben. Freiheitsentziehende Maßnahmen sind somit das Ergebnis von *Entscheidungsprozessen verschiedener Instanzen im Rahmen dieses Verfahrens*, in denen die Problematik der Jugendlichen (und ihrer Familien) aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und bewertet wird. Im Fall von Marvin sehen Mutter, Jugendamt, Psychiatrie und Gericht keine Alternativen zur geschlossenen Unterbringung mehr – dies nicht nur, weil Marvin aufgrund früher Bindungs- und Entwicklungsstörungen sowie wiederholter Beziehungsabbrüche weder Aussicht auf einen Schulabschluss noch auf soziale Integration hat, sondern vor allem, weil er sich den anderen Angeboten seines Jugendamtes verweigert.

Dass Marvin tatsächlich geschlossen untergebracht wird und nicht – wie viele Jungen und Mädchen in vergleichbaren Situationen – in einem alternativen Angebot oder auf der Straße »landet«, hängt von vielen Faktoren ab, wie Einschätzung des Hilfebedarfs eines Jugendlichen, fachliche und persönliche Überzeugungen aller am Entscheidungsprozess Beteiligten, Verfügbarkeit eines Heimplatzes sowie möglicher Alternativen, aber auch Druck durch das politische Klima und die veröffentlichte Meinung, die in delinquenten Kindern gern ein großes Sicherheitsrisiko sieht (Hoops/Permien/Rieker 2000).

Mögliche Alternativen zur geschlossenen Unterbringung

»Schwierige Jugendliche«, die keinerlei Einsicht in ihren (großen) Hilfebedarf zeigen und offene, intensivpädagogische Angebote ablehnen, wünschen sich meist nur »'ne Wohnung, niemand, der reinquatscht, und genügend Geld«. Ist ihnen deshalb nur mit Zwang und Freiheitsentzug zu helfen? Wie steht es mit möglichen Alternativen, die ihnen mehr Partizipation und Freiwilligkeit, mehr Orientierung am Sozialraum mit seinen Netzwerken und Ressourcen bieten können? Welchen Anforderungen und Risiken müssen Jugendliche gewachsen sein, um alternative Angebote nutzen zu können? Dazu einige Beispiele:

Streetwork und niedrigschwellige Anlaufstellen sind in der »Lebenswelt Straße« angesiedelt und bieten eine Basisversorgung mit der Möglichkeit zu sozialpädagogischer Beratung.

Diese Angebote können sporadisch und spontan von Jugendlichen genutzt werden, die in einem Leben »auf der Straße« (zunächst noch) die beste aller schlechten Möglichkeiten sehen. Der Grad an äußerer Freiheit, Freiwilligkeit und Partizipation der Jugendlichen bei allen sie betreffenden Entscheidungen ist hier sehr hoch. Doch die Härten des Straßenlebens sowie die oft drohenden Haftstrafen beschränken diese vermeintliche Freiheit und Freiwilligkeit erheblich. So wollen viele der Jugendlichen auf der Straße nach einiger Zeit von sich aus in *niedrigschwellige Wohnmöglichkeiten* oder auch wieder in anspruchsvollere Angebote vermittelt werden, wie *Jugendwohngruppen*, *Betreutes Wohnen* oder »intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung«. Das Risiko eines (erneuten) Absturzes in Prostitution, Drogen und Delinquenz ist aber auch dann noch vorhanden, und Jugendliche wie Marvin schaffen es nach längerer Zeit »auf der Straße« oft nicht mehr, den Anforderungen längerfristiger Hilfen gerecht zu werden (Permien/Zink 1998).

Die *Ambulante Intensive Begleitung (AIB)* als Begleitung (und bewusst nicht »Betreuung«) für ältere Jugendliche in Krisen bietet ebenfalls ein hohes Maß an Freiwilligkeit und Partizipation (Hoops/Permien 2003). Als sozialraumorientiertes Angebot hat AIB zum Ziel, die Eigenständigkeit auch von »jugendhelfemüden« Mädchen und Jungen mit »Maßnahmekarrieren« zu fördern. AIB ist zeitlich begrenzt und verzichtet bewusst auf eine pädagogische Beziehung. Stattdessen wird ein Arbeitsbündnis angestrebt, um die Jugendlichen bei der Erreichung ihrer weitgehend selbst gesetzten Ziele zu unterstützen. Dabei werden ihre Ressourcen und ihre sozialen Netze aktiviert und gestärkt, so dass sie diese auch noch nach dem Ende der Betreuung nutzen können. Allerdings wird von den Jugendlichen ein Mindestmaß an Motivation, Absprachefähigkeit, Durchhaltewillen und sozialen Kompetenzen gefordert, um AIB durchzuhalten und die dabei erreichten Standards (z. B. Ausbildung und Wohnung) auch danach noch zu halten. Marvin wäre für ein solches Angebot nicht nur zu jung, sondern vermutlich auch überfordert. Vielleicht hätte man in seinem Fall AIB zur Klärung seiner Wünsche und Möglichkeiten einsetzen können, falls er überhaupt mitgemacht hätte.

Erlebnispädagogische Auslandsmaßnahmen (für Marvin eine mögliche Lösung) haben zum Ziel, eine radikale Distanz zur bisherigen Lebenswelt zu schaffen. Dabei werden den Jugendlichen neue Erfahrungen in unbekanntem Umwelten sowie mit wenigen, aber konstanten Bezugspersonen ermöglicht, ferner werden soziale und praktische Fähigkeiten vermittelt: Die Mädchen und Jungen arbeiten in entlegenen Gegenden z. B. auf Bauernhöfen und kümmern sich um Tiere, oder sind mit Sozialpädagog/innen bei Reise- oder Segelprojekten unterwegs und müssen lernen, ihr Überleben und Fortkommen durch eigene Anstrengung zu sichern. Die jeweiligen Anforderungen sind dabei unterschiedlich. Freiwilligkeit und Partizipation sind jedoch eingeschränkt. Die Jugendlichen müssen zwar vorher in die Maßnahme einwilligen und »freiwillig in den Flieger steigen«, doch im Ausland angelangt, haben sie meist weniger Möglichkeiten zur Flucht oder Beschwerde als



in einer geschlossenen Heimgruppe. Durch die Distanz können allerdings die Qualitätskontrolle der Maßnahmen, die weitere Hilfeplanung sowie die Kontakte zur Familie erschwert werden. Passende, Kontinuität wahrende Anschluss-hilfen müssen deshalb gewährleistet werden.

Zurück zu Marvin – hat er Chancen in der Geschlossenen Unterbringung?

Für schwierige Jugendliche stehen keineswegs immer und überall »offene« und Erfolg versprechende Alternativen zur Verfügung. Im Fall von Marvin kommt das psychiatrische Gutachten zu einem ähnlichen Schluss wie das Jugendamt: Marvin braucht dringend verlässliche, belastbare und kontinuierliche Bezugspersonen sowie die Erfahrung, nicht mehr »fallen gelassen« zu werden – auch wenn er seine Betreuer/innen noch so sehr »austestet«. Er braucht eine »enge Führung« und Rahmenbedingungen, die ihm Orientierung und Halt geben sowie seinem Flucht- und Gewaltverhalten die Gelegenheit und den »Erfolg« entziehen. Er braucht Abstand zur Drogen- und Pädophilenszene, denn allein kann und will er sich der starken Anziehungskraft dieses Milieus nicht widersetzen. Marvin braucht ferner viel Zeit, um nach seinen Erfahrungen mit Beziehungsabbrüchen und Gewalt überhaupt wieder Vertrauen gegenüber Erwachsenen aufbauen zu können. Eine GU, die im Alltag hält, was die Konzeptionen versprechen, kann Marvin vieles von dem bieten, was er im Moment am nötigsten braucht: eine sichere Trennung von der gefährdenden Lebenswelt sowie genügend Zeit, um sich neu zu orientieren. Gute Betreuer/innen würden ihn nicht nur »aushalten«, sondern ihn als Person wertschätzen, seine Ressourcen fördern, Erfolgserlebnisse ermöglichen sowie ihn mit Konsequenzen für Fehlverhalten konfrontieren. Eine qualifizierte Betreuung im Rahmen einer GU könnte ihm die Chance geben, Alternativen zu seiner »Flucht vor sich selbst« zu entwickeln. Die äußere Struktur könnte zu einer inneren Strukturierung beitragen. Dies könnte ihm helfen, die im Rahmen von Stufenplänen Schritt für Schritt zurück gewonnene Freiheit (vom 10-minütigen Ausgang mit Erziehern bis zum Besuch zu Hause) konstruktiv zu nutzen. Marvin müsste sich allerdings auf die Rahmenbedingungen der GU einlassen, Motivation zur Mitarbeit entwickeln, sich eigene Ziele setzen, d. h. letztlich »freiwillig«



bleiben und an der Planung seiner weiteren Zukunft mitwirken. Ebenso wäre eine passende intensivpädagogische, aber nun offene Anschlussmaßnahme wichtig, damit Marvin nicht wieder auf die Straße und unter die Räder gerät. Ob Erfolge bei Jugendlichen wie Marvin durch weniger intensive, wenn auch nicht unbedingt geschlossene Maßnahmen erreicht werden können, scheint fraglich.

Was hilft und was darf es kosten?

Jugendhilfe muss in jedem Einzelfall prüfen, ob eine ambulante Begleitung ausreicht oder eine langfristige, teilweise geschlossene Betreuung unerlässlich ist. Beides kann für die weitere Entwicklung von Jugendlichen entscheidend sein. GU bedeutet aber einen tiefen Einschnitt in ihre Persönlichkeitsrechte. Viele wollen (wie Marvin) »nichts mehr von der Jugendhilfe wissen«, doch es wäre fatal, würde die Jugendhilfe diese (Schutz-)Haltung akzeptieren, nach dem Motto, »er muss es schon selbst wollen«. Jugendhilfe darf sich nicht der Verantwortung für schwer erreichbare Jugendliche entziehen und sie nicht »kampfflos« der Straße, der Prostitution oder der Justiz überlassen.

Die Diskussion über geeignete Hilfen wird durch die aktuelle Verknappung finanzieller Mittel und die Verkürzung von aussichtsreichen Hilfen belastet. »Weniger ist oft mehr«, diese Aussage wird zynisch, wenn sie von der Last abgebrochener, erfolgloser Hilfen sowie vom Druck leerer Kassen ablenken soll. Für Marvin und viele andere Jugendliche wäre es fatal, wenn ihnen aus Kostengründen z. B. AIB »verordnet« würde, obwohl eine intensive, auch freiheitsentziehende Maßnahme sie mehr unterstützen könnte, wenn sie dort erfahren, dass Beziehungsangebote verbindlich sind, und dass weder Provokation noch gelegentliches »Entweichen« Entlassung und damit

erneutes Scheitern bedeuten. Eine zirkuläre Praxis von Verlegen und Abschieben macht »schwierige« Jugendliche meist noch schwieriger.

Eine pädagogische Betreuung im Rahmen einer GU darf jedoch nicht zum »Wegsperrern« und zur »Bestrafung« von »auffälligen« bzw. wiederholt delinquenten Jugendlichen missbraucht werden. Sie darf auch nicht als Ausfallbürge für eine mit Strukturproblemen belastete Jugendhilfe dienen.

Die Ergebnisse der Forschungsprojekte des DJI zu diesem Themenbereich zeigen auf, dass es weitaus sinnvoller ist, die Angebotspalette von Hilfen zu differenzieren und im Einzelfall jeweils abzuwägen, als eine bestimmte Hilfeform zum »best case« oder zur »ultima ratio« zu küren. Es gibt kein »Wundermittel«, es braucht vielmehr vielfältige, individuell zugeschnittene Konzepte und Angebote. Wenn es schon nicht gelungen ist, die »Abweichungskarriere« eines Jugendlichen von vornherein zu verhindern, dann ist es später umso wichtiger, große Sorgfalt auf die Indikationsstellung sowie die Passung zwischen Jugendlichen und Maßnahme zu legen. Denn das entsprechende Hilfeangebot ist oft die letzte Chance.

Literatur

Permien, H./Zink, G.(1998): Endstation Straße? München

Hoops, S./Permien, H./Rieker, P. (2000): Zwischen null Toleranz und null Autorität. München

Hoops, S./Permien, H. (2003): Evaluation des Pilotprojekts »Ambulante Intensive Begleitung (AIB)«. München

Hinweis: Weitere Informationen zum Thema »Freiheitsentziehende Maßnahmen« finden Sie in unserem Schwerpunktthema September im Internet unter www.dji.de sowie auf der Homepage des Projektes »Freiheitsentziehende Maßnahmen«.

Projekte: Straßenkarrieren von Kindern und Jugendlichen (1994–1997), Strategien von Familien und Jugendhilfe im Umgang mit Kinderdelinquenz (1997–2000), Evaluation des Pilotprojekts »Ambulante Intensive Begleitung (AIB)« (2000–2002), Freiheitsentziehende Maßnahmen im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Justiz – Indikationen, Verfahren, Alternativen (2003–2006)

Methoden: Qualitative AdressatInnen- und ExpertInnen-interviews, Aktenanalysen

Durchführung: Sabrina Hoops, Hanna Permien, Martina Steger

Kontakt: Hanna Permien, 089 623 06-225, E-Mail: permien@dji.de

Publikationen: Sabrina Hoops (2004): Partizipation und Zwangskontext – Mitwirkung im Spiegel der Konzeptionen von »geschlossenen Heimen«. In: Zentralblatt für Jugendrecht 7–8; Sabrina Hoops (2004): Die »Geschlossene Unterbringung« nach § 1631b BGB in Heimen der Jugendhilfe. In: SozialExtra 10; Hanna Permien (2004): Indikationen für freiheitsentziehende Maßnahmen. In: SozialExtra10.

Aktuelles

Aktuelle Themen im Internet

Hintergrundinformationen, Berichte aus der Praxis und Interviews über aktuelle Fragen und Entwicklungen bietet die DJI-Homepage (www.dji.de). Thema des Monats Oktober (9/04) ist das Präventive Förderprogramm »Opstapje – Schritt für Schritt«. Ein direkter Link führt zu den Themen der letzten Monate, so z. B. ergänzend zum Dossier dieses Heftes Thema 8/04: Freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen; Thema 7/04: Jugendgewalt und Prävention und Thema 6/04: Entgrenzungen – Abschied von der Norm.

Datenbank »Lokale Bündnisse für Familie«

Lokale Bündnisse für Familie sind neuartige Vernetzungsformen, die die Familienfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden verbessern möchten.

Die Datenbank »Lokale Bündnisse für Familie« am Deutschen Jugendinstitut bietet einen bundesweiten Überblick zu allen Bündnisstandorten, die im Rahmen der gleichnamigen Bundesinitiative entstanden sind oder bereits im Vorfeld erfolgreiche Bündnisarbeit geleistet haben (bislang 90 Bündniseinträge). Interessierte aus Praxis und Wissenschaft können sich mit Hilfe der Datenbank über Entstehungsgeschichte, einschlägige Maßnahmen, beteiligte Bündnispartner, Organisationsformen u. a. m. informieren.

Die Datenbank liefert eine aktuelle Gesamtschau über alle Bündnisformen. Sie bietet mit einer Reihe von Suchoptionen (alphabetisch, thematisch, geographisch) die Möglichkeit, gezielt zu recherchieren und einen differenzierten Blick auf die Bündnisansätze zu werfen: Welche Bündnisse findet man in Großstädten und welche in ländlichen Gemeinden? Gibt es ein Bündnis in unserer Region? Wo sind Akteure aus der Wirtschaft, soziale Organisationen oder Vertreter/innen aus der Kommunalverwaltung in lokalen Bündnisprozessen aktiv? An welchen Bündnisstandorten beschäftigt man sich mit Fragen der flexiblen Kinderbetreuung?

Eine gezielte Kontaktaufnahme mit den Ansprechpartner/innen vor Ort kann den Kontakt zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch und für Vernetzungsaktivitäten zwischen Experten/innen aus der Praxis darstellen.

Die in der Datenbank dargestellten Informationen basieren auf einer telefonischen Befragung der Bündnisstandorte anhand eines teilstandardisierten Leitfadens im Zeitraum von Mai bis August 2004. Quelle der Informationen sind jeweils die Angaben der Ansprechpartner/innen der Lokalen Bündnisse vor Ort.

Die Befragungsergebnisse werden auch statistisch und qualitativ ausgewertet, um fundierte Aussagen über die jeweiligen Bündnisansätze ableiten zu können. Die Auswertungsergebnisse fließen in die Evaluation sowie in die fachliche Beratungspraxis des Begleitforschungsprojekts am DJI ein.

Zugang zur Datenbank über:
<http://www.dji.de/lokale-buendnisse>

Veranstaltungsreihe im WS 2004/2005 Vom Elfenbeinturm zum Leuchtturm in der Brandung?

Im Wintersemester 2004/2005 veranstaltet das Deutsche Jugendinstitut zusammen mit der Fakultät für Psychologie und Pädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) eine Vorlesungsreihe unter dem Titel »Vom Elfenbeinturm zum Leuchtturm in der Brandung? Rolle und Eigensinn von Sozialwissenschaften im gesellschaftlichen Umbruch«. Folgende Themen stehen auf dem Programm:

27.10.2004

Die Wahrheit der Wissenschaft und die Indifferenz der Gesellschaft

Prof. Dr. Armin Nassehi, Institut für Soziologie, LMU

10.11.2004

Wissenschaftliche Berichterstattung im politischen Raum – Ist Politik »belehrbar«?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, DJI, Prof. Dr. Hartmut Ditton, Institut für Pädagogik, LMU

24.11.2004

Erziehungswissenschaft studieren – und was dann? Wege in die Wissenschaft, Wege in die Praxis

Dr. Cathleen Grunert, Institut für Pädagogik, Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, Dipl.-Päd. Ivo Züchner, DJI

08.12.2004

Die Instrumentalisierung der Sozialwissenschaften durch die Medien

Prof. Dr. Michael Winkler, Institut für Erziehungswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

12.01.2005

Lifelong Learning: Forschung und Lehre an privaten und staatlichen Hochschulen

Dr. Ursula M. Staudinger, Jacobs Center for Lifelong Learning and Institutional Development, International University Bremen, Diskutant: Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Institut für Pädagogik, LMU

26.01.2005

Wissenschaft zwischen Auftragsforschung, Beratung und politischer Verwertbarkeit – ein heikles »Geschäft«

Prof. Dr. Walter Hornstein, München: Wissenschaftliche Politikberatung im Wandel der Politikformen, Dr. Martina Heitkötter, DJI: Ein- und Ausblicke aus der Forschungspraxis: Werkstattbericht aus dem laufenden DJI-Projekt Fachlich-wissenschaftliche Begleitung der Bundesinitiative »Lokale Bündnisse für Familie«

09.02.2005

Am Gelde hängt's, zum Gelde drängt's ...: Förderungsmaßnahmen und Forschungspolitik der DFG im Bereich der Bildungsforschung

Prof. Dr. Andreas Krapp, Institut für Psychologie und Erziehungswissenschaft, Universität der Bundeswehr Neubiberg

Veranstaltungsort: LMU, Leopoldstraße 13 (U-Bahn-Linie 3 oder 6, Haltestelle Giselastr.), Haus 2, 4. Etage, Raum 2402, **Zeit:** 18–20 Uhr

Personelles

Dr. Jürgen Barthelmes

ist als Mitglied in das »Jugend hilft«-Gremium der Stiftung »CHILDREN FOR A BETTER WORLD e. V.« berufen worden. »Jugend hilft« fördert Projekte von Jugendlichen und schreibt landes- und bundesweit Wettbewerbe für Schulklassen sowie Kinder- und Jugendgruppen aus.

Dr. Wolfgang Gaiser

ist in den Forschungsbeirat des Österreichischen Instituts für Jugendforschung, Wien, berufen worden.

Wir trauern um Dr. Ursula Nissen



Ursula Nissen ist am 17.09.2004 verstorben. Mit ihrem Tod haben wir eine geschätzte und beliebte Kollegin und Freundin verloren. Sie war Wissenschaftlerin

aus Leidenschaft und hat seit ihrem Eintritt in das DJI (im Jahre 1980) das Institut mit vielen Ideen und Perspektiven bereichert.

Der Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit lag auf den Gebieten der Medienforschung, Kindheitsforschung und Geschlechterforschung. Ihre vielseitigen Kompetenzen, die sie sich durch ihr Studium der Fernsehpublizistik und Soziologie sowie durch ihre Arbeit für Rundfunkanstalten und Medieninstitute erworben hatte, waren für das DJI von besonderem Wert. Die Lebenssituationen von Mädchen und Frauen lagen ihr vor allem am Herzen. Ihre zentrale Forschungsarbeit zur Rauman eignung im Aufwachen von Kindern sowie zur Entwicklung der Identität als Mädchen und Junge fand in der wissenschaftlichen Diskussion große Aufmerksamkeit und regte in der Fachöffentlichkeit weitergehende Diskussionen an.

Im September 1996 übernahm Ursula Nissen die Leitung des wissenschaftlichen Referats beim Vorstand. Hierbei setzte sie neue Akzente in der Außendarstellung des DJI und seinen universitären und internationalen Kooperationen. Unauflösbar ist mit ihrem Namen und ihrem Engagement die Entwicklung der mittelfristigen Forschungsplanung des DJI verbunden. Es war ihr besonderer Charakterzug, dass sie trotz der vielfältigen Leitungsaufgaben nie ihre wissenschaftliche Neugier verlor. So fand durch ihren Einsatz beispielsweise die Forschung über Gesundheit Eingang in das DJI. Wissenschaft war für sie nie Selbstzweck, sondern hatte immer auch mit den ungleichen Chancen von Kindern, Jugendlichen und Familien zu tun. Ihre Grundhaltung war Engagement, Loyalität, Verantwortungsbewusstsein und Freundlichkeit, die sie auch als Betriebsrätin sowie in ihrem Einsatz für die vielfältigen Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigte.

Mit Dankbarkeit, dass wir mit ihr so lange zusammen sein und zusammen arbeiten durften, behalten wir Ursula Nissen in bleibender Erinnerung.

Internationales

Lehraufträge im Wintersemester 2004/05

Sabrina Hoops

Pädagogische Konzepte im Umgang mit den sog. Schwererziehbaren

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Abteilung Benediktbeuern, Fachbereich Soziale Arbeit, Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung

Dr. Andreas Lange

– Familie als Institution

– Qualitative Methoden der Kindheitsforschung

Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaften, Studienzweig Erziehung – Generation – Lebenslauf

Dr. Wolfgang Mack

Ganztagsschule in Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Konzepte und Perspektiven

Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Pädagogik

Liane Pluto

Empirische Forschung in der Kinder- und Jugendhilfe – Methoden und Umsetzung

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Erziehungswissenschaften

Dr. Peter Rieker

Abweichendes Verhalten im Kindes- und Jugendalter

Universität Hildesheim, Institut für Sozialwissenschaften

Dr. Ekkehard Sander

Jugendkultur und Medien

Universität Salzburg, Fachbereich Kommunikationswissenschaft

Delia Schröder

Soziologie

Staatliche Berufsfachschule für Krankenpflege an der Universität München

Frank Tillmann

Einführung in die qualitative Sozialforschung

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie

Dr. Franziska Wächter

Das standardisierte Interview

Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen

PD Dr. Klaus Wahl

Powered by emotions – Funktion, Entwicklung und Sozialisation von Emotionen

Ludwig-Maximilians-Universität, München

PD Dr. Klaus Wahl

Xenophobia, Interethnic Conflicts, and Right-Wing Extremism in Europe: Political, Social, and Psychological Conditions

Universidade de Brasília (UnB), Brasilien

Prof. Dr. Rafael Merino

(Universität Autònoma de Barcelona) nutzte seinen Gastaufenthalt am DJI vom 5. bis zum 16. Juli 2004, um seine Kenntnisse über das deutsche System der Kinder- und Jugendhilfe sowie das duale Bildungssystem durch Expertengespräche zu vertiefen. Das Hauptinteresse seines Aufenthalts galt einer vergleichenden Analyse der Beteiligung von Jugendlichen am öffentlichen Leben sowie an Angeboten der Jugendhilfe, die er gemeinsam mit *Dr. Mike Seckinger* durchführte. Eine Veröffentlichung wird gerade vorbereitet.

Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität im internationalen Vergleich

Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des DJI veranstaltete vom 30. Juni bis zum 3. Juli 2004 mittlerweile zum sechsten Mal ein internationales Kolloquium in Leipzig. Thema der diesjährigen Veranstaltung war: »Prevention of Youth Violence: Experiences – Strategies – Concepts«. Die TeilnehmerInnen aus Dänemark, Frankreich, der Türkei, Italien, England, Russland, Brasilien und Deutschland berichteten über die jeweiligen nationalen Diskurse über Jugendgewalt und über die nationalen Präventionsstrategien. Intensiv wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beteiligten Ländern diskutiert. Im Zentrum standen die jeweiligen Erfahrungen mit den nationalen Präventionsansätzen, wobei – und darauf legt die Arbeitsstelle in allen ihren Veranstaltungen immer einen besonderen Wert – es nicht nur um die besonders gelungenen Projekte und Programme ging, sondern auch um die Probleme, Fehler und künftigen Herausforderungen, denn – das ist eine Einsicht der vorangegangenen Veranstaltungen – gerade aus diesen Erfahrungen anderer können wichtige Erkenntnisse für die eigene nationale Fachdiskussion gewonnen werden. Trotz der großen Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen sowie der politischen Strategien und der öffentlichen Debatten zeigten sich doch übergreifende Probleme und Herausforderungen, wie z. B. die Erreichbarkeit besonderer Zielgruppen (insbesondere Minderheiten) mit spezifischen Konzepten oder der große Bedarf an Evaluationen von Präventionsansätzen.

Besuch einer Delegation des Andalusischen Jugendinstitutes

Zwischen dem 14. und 18. Juli 2004 besuchte eine andalusische Delegation das Deutsche Jugendinstitut in München. Die Teilnehmer waren *María del Mar Herrera Menchén* und *Juan Díaz Sánchez* aus dem Zentraldienst des Andalusischen Jugendinstitutes (IAJ) sowie *Manuel Fernández Esquinas* und *Manuel Trujillo Carmona* aus dem Andalusischen Institut für Soziale Studien (IESA). Ziel des Austausches (Organisation: *Dr. René Bendit*) war es, die Arbeit am Deutschen Jugendinstitut näher kennen zu lernen, um die Entwicklung eines Konzeptes zur Einrichtung eines andalusischen Jugendobservatoriums zu unterstützen. MitarbeiterInnen des DJI gaben Informationen über den Jugendsurvey (*Dr. Wolfgang Gaiser*, *Martina Gille*, *Johann de Rijke*), zu den Themenbereichen Übergänge in Arbeit (*Dr. Tilly Lex*), Jugendhilfe und sozialer Wandel (*Nicola Gragert*, *Dr. Mike Seckinger*), Gleichberechtigung von Frauen und Männern (*Dr. Ulrike Heß-Meining*), Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe (*Elisabeth Helming*), zum Kinderpanel (*Dr. Christian Alt*) und zu den Datenbanken (*Dr. Donald Bender*, *Thomas Wegertseeder*).

Rückblick

Fachforum »Der Streit ums Gütesiegel – Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auf dem Prüfstand« 1. und 2. Juli 2004, München

Wissenschaftler, politisch Verantwortliche und Träger sind sich einig: Nur durch eine systematische Steuerung kann Qualität im System der Tageseinrichtungen für Kinder weiterentwickelt werden. Keine Einigkeit besteht allerdings bei der Einschätzung von Verfahren, Konzepten und Zuständigkeiten. Auf dem 3. DJI-Fachforum der Reihe »Bildung und Erziehung« in München wurden die unterschiedlichen Ansätze im Kontext fachpolitischer Grundsatzfragen in den Blick genommen. Kontrovers diskutiert wurde z. B., ob es Aufgabe des Staates sein soll, ein bundeseinheitliches Qualitätsfeststellungsverfahren für alle ca. 50.000 Kindertageseinrichtungen vorzuhalten und ob ein einheitliches Qualitätsfeststellungsverfahren der Unterschiedlichkeit pädagogischer Konzepte gerecht werden kann.

Prof. Dr. Wolfgang Tietze, der Vertreter des Gütesiegels, argumentierte, dass der Staat die Rahmenbedingungen für Qualität setzen müsse und nur mit objektiven, wissenschaftlich validen Messinstrumenten Qualität festgestellt werden könne. Seiner Meinung nach sind Qualitätsfeststellung und Qualitätsentwicklung voneinander zu trennende Verfahren. Die Kritiker verwiesen darauf, dass der Fokus auf Qualitätsfeststellung die Weiterentwicklung der Qualität erschwere, wenn nicht sogar verhindere. In den Blick zu nehmen seien auch unbeabsichtigte Wirkungen und Nebenwirkungen. So könne ein bundeseinheitliches Verfahren die Spezifika des Sozialraums nicht berücksichtigen und mache damit eine Vergleichbarkeit von Einrichtungen in sehr unterschiedlichen Sozialmilieus fragwürdig. Im Effekt führe die »Sternchenvergabe« bei der Qualitätsfeststellung zur Demotivierung von Einrichtungen, die aufgrund schwieriger Sozialraumbedingungen schlechter bewertet werden.

Die Veranstaltung zeigte, dass der Verständigungsbedarf zwischen Forschung und Praxis groß ist. Wissenschaftler legen Wert auf valide Messverfahren, während die Träger, die unter einem erheblichen Veränderungsdruck stehen, fachpolitische Steuerungsinteressen im Blick haben. Diese unterschiedlichen Zugänge – das machte die Abschlussdiskussion deutlich – könnten den notwendigen Theorie-Praxis-Dialog beleben und die Phalanx gegen weitere Kürzungen stärken. Die Beiträge und Ergebnisse des 3. Fachforums werden bis Ende des Jahres in der DJI-Reihe »Bildung und Erziehung« publiziert.

»Früh übt sich ...« Neue Wege der präventiven Förderung von Kindern im Kontext sozialer Benachteiligung mit dem Programm »Opstapje – Schritt für Schritt« 14. und 15. September 2004, München



Die Bayerische Landesbausparkasse LBS war Gastgeberin für die abschließende Fachtagung des dreijährigen Modellprojektes »Opstapje – Schritt für Schritt« am 14. und 15. September 2004. Von Mai 2001 bis September 2004 war der Ersteinsatz des niederschweligen Hausbesuchsprogramms in Nürnberg und Bremen vom DJI mit Mitteln des BMFSFJ und des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wissenschaftlich begleitet und evaluiert worden. Die Tagung hatte zum Ziel, die Ergebnisse aus dem Modellprojekt der Fachöffentlichkeit zu präsentieren und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen zu diskutieren. Außerdem wurden den interessierten PraktikerInnen die Materialien des Programms vorgestellt, die mit finanzieller Unterstützung der LBS im Rahmen ihrer Jubiläumsinitiative »Ein Zuhause für Generationen« in 2004 weiterentwickelt werden konnten.

Bei der differenzierten Darstellung der Ergebnisse der Begleitforschung wurde deutlich, dass Opstapje in seinen Wirkungsmöglichkeiten von seiner besonderen Angebotsform (Hausbesuche durch Laienhelferinnen) profitiert. Die präventive Ausrichtung des Programms begrenzt jedoch die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf das erzieherische Verhalten der Eltern. Im Modell ist es sehr gut gelungen, solche Familien anzusprechen und über einen längeren Zeitraum mit einem Bildungsangebot zu begleiten, die traditionelle Formen der Familienbildung und Beratung kaum in Anspruch nehmen. In den entwicklungspsychologischen Untersuchungen zeigten die Kinder der teilnehmenden Familien deutliche Entwicklungsfortschritte, die aber nach Ende der Intervention nicht stabil blieben. Auch die Spielfeinfähigkeit und die Anleitungskompetenz der Mütter in der Interaktion mit ihren Kindern verbesserten sich zum Teil signifikant, dieser Effekt konnte aber nicht schlüssig auf die Programmteilnahme zurückgeführt werden. Zusammenfassend lässt sich das Fazit ziehen, dass es »Opstapje – Schritt für Schritt« verdient, praktisch und wissenschaftlich weiterentwickelt zu werden.

Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltung drehte sich um die Frage, wie das Programm

nach der Modellphase in den regulären, breiteren Einsatz in der BRD überführt werden kann. Hier stehen sich zurzeit das starke Interesse der Praxis an der Implementierung von Opstapje und mangelnde strukturelle und finanzielle Ressourcen gegenüber. Prinzipiell bleibt es dabei Aufgabe der Länder und Kommunen, vor Ort die Voraussetzungen für einen Einsatz des Programms zu schaffen, dennoch sollte sich auch der Bund nicht gänzlich aus der Verantwortung für die frühe Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien zurückziehen. Nur wenn es gelingt, im Anschluss an die Modellphase eine überörtliche Struktur aufzubauen, die Schulung, Materialvertrieb und Qualitätssicherung übernimmt, haben lokale Akteure eine realistische Basis für die Realisierung ihrer Vorhaben. Dass dabei unter Umständen viele Partner in einem Netzwerk mehr erreichen und auch neue Wege gehen können, war die abschließende Erkenntnis, die alle TeilnehmerInnen in ihre zum Teil sehr unterschiedlichen Arbeitsfelder mitnahmen.

DJI-Forum »Professionelles Handeln im ASD bei Kindeswohlgefährdung« auf dem ASD-Bundeskongress 15.–17. September 2004, Nürnberg

Mit einem von mehr als 200 Fachkräften besuchten Forum beteiligte sich das DJI am ASD-Bundeskongress, der vom 15.–17.09.2004 in Nürnberg stattfand. Im Rahmen des eintägigen Forums beschäftigten sich drei Plenarvorträge und 20 Workshops mit Kindeswohlgefährdungen durch Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuellen Missbrauch. Aufgezeigt und erörtert wurden Möglichkeiten einer verbesserten Gefährdungseinschätzung, Kooperation und Hilfe. Von Seiten des DJI referierte Dr. Heinz Kindler über Perspektiven der Arbeit mit Gefährdungsfällen im internationalen Forschungskontext und über Verfahren zur Gefährdungseinschätzung. Herbert Blüml stellte eine im DJI entwickelte Datenbank zur Falldokumentation bei Kindeswohlgefährdung vor, die auch Einschätzungshilfen enthält. Susanna Lillig berichtete in ihrem Vortrag zusammen mit Prof. Dr. Gottfried Spangler von der Universität Erlangen-Nürnberg über eine im Auftrag des DJI erstellte Expertise zur Wirksamkeit von Interventionen nach Kindeswohlgefährdung. Im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten DJI-Forums wurde auch eine Entwurfsfassung des im DJI erarbeiteten Handbuchs »Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)« präsentiert. Dieses Handbuch sowie die Datenbank zur Falldokumentation sind auch über das Internet verfügbar (www.dji.de/asd). Eine Dokumentation des DJI-Forums ist geplant.

Vorträge

Kinder

Dr. Donata Elschenbroich

Die Welt im Frühlicht – die ersten Lebensjahre als Bildungszeit

Tagung »Zukunft Bildung – Chancen für unsere Kinder«, veranstaltet von der SPD, Saarbrücken, 10.7.2004

Dr. Andreas Vossler

Alles eine Frage der Perspektive!? Eine Evaluationsstudie zur Erziehungs- und Familienberatung

Tagung »Systemische Forschung in Therapie – Pädagogik – Organisationsberatung« der Deutschen Gesellschaft für systemische Familientherapie (DGSF) und der Systemischen Gesellschaft (SG), Heidelberg, 9.7.2004

Ursula Winklhofer

Partizipation und gesellschaftlicher Wandel – zur Rolle der Erwachsenen in Partizipationsmodellen

Tagung »Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Aktuelle Erkenntnisse und Perspektiven«, veranstaltet von der Philipps-Universität Marburg und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Philipps-Universität Marburg, 16. 6.2004

Corina Wustmann

Bildungs- und Lerngeschichten – ein Weg zur Beobachtung und Dokumentation kindlicher Bildungs- und Lernprozesse

Internationaler Fachkongress »Erziehungs- und Bildungsqualität in Tageseinrichtungen für Kinder 0–6 Jahre«, Brixen, 15.6.2004

Kinder- und Jugendhilfe

Dr. Frank Braun

Ausbildung für alle? Anforderungen an ein modernes Berufsbildungssystem

ExpertInnengespräch »Ausbildung für Alle! Anforderungen an ein modernes Berufsbildungssystem. Trends – notwendige Fragen – Impulse« der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, Mainz, 29.6.2004

Dr. Frank Braun

Jugendsozialarbeit und Schule: Mehr als nur ein Anhängsel

Fachtagung »Bildung, Erziehung und Betreuung – Jugendhilfe und Schule vor neuen Herausforderungen« des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Bonn, 1.7.2004

Dr. Frank Braun

Was nützt's? Gesellschaftliche Aspekte der Jugendsozialarbeit

Tagung »Brennpunkt Jugendsozialarbeit« der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Bayern, Regensburg, 9.7.2004

Dr. Thomas Gericke

Die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Dienstleistungsbeziehungen zwischen Betrieben und Trägern der Jugendberufshilfe in der dualen Berufsausbildung

Weiterbildungsveranstaltung des Niedersächsischen Landesjugendamtes, Hannover, 22.6.2004

Sabrina Hoops

Freiheitsziehende Maßnahmen im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe, Psychiatrie und Justiz

Fachforum gegen Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch von Kindern im Stadtjugendamt München, 20.7.2004

Dr. Tilly Lex

Jugendalter und Ausbildungsreife

Podiumsdiskussion »Ausbildungsreife – was ist zu tun«, Fachtagung des BMBF »Fit für die Ausbildung – können, was Zukunft hat«, Düsseldorf 1.9.2004

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Vertrag der Generationen. Über die Notwendigkeit neuen Denkens

Fachforum »Jutopia? Ein Blick in die Zukunft mit mehr Alten und wenigen Kindern« im Rahmen des 12. DJHT, Osnabrück, 4.6.2004

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Freiwilligendienste – von einem generationspezifischen zu einem generationsübergreifenden Angebot?

Fachtagung »40 Jahre FSJ / 10 Jahre FÖJ«, Berlin, 2.7.2004

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Anforderungen an eine zukunftsweisende Kinder- und Jugendpolitik

Tagung »NRW – Land für Kinder und Jugendliche« der SPD Nordrhein-Westfalen im Landtag Düsseldorf, 7.7.2004

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Warum Jugendliche an Schulen scheitern. Plädoyer für ein anderes Bildungsverständnis

Eröffnungsvortrag bei der Fachtagung »Förderung schulmüder und schulverweigernder Jugendlicher«, Halle, 24.9.2004

Familie

Dr. Heinz Kindler

Partnerschaftsgewalt und Erziehungsfähigkeit

Erziehungsfähigkeit psychisch kranker Eltern, 3. Tage der Rechtspsychologie, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, Leipzig, 12.6.2004

Dr. Heinz Kindler

Väterforschung und Familientherapie

Verein zur Förderung der Familientherapie, München, 30.6.2004

Dr. Karin Jurczyk

Blurring boundaries of work and family – impact on children's time and space

Cost A 19 – Children's Welfare Working Group Meeting, University of Linköping, Norrköping/Schweden, 17.–20.6.2004

Dr. Karin Jurczyk

Care – eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft

25-jähriges Jubiläum der Beratungsstelle für natürliche Geburt und Elternsein e. V., München, 25.6.2004

PD Dr. Andreas Lange

Generationenkonflikt oder Generationensolidarität?

Jahresversammlung des Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising, München, 5.7.2004

Dr. Angelika Tölke, Dr. Karsten Hank

Männer und Familie: Vom Schattendasein ins Rampenlicht. Der Übergang zu Ehe und Vaterschaft im Kontext der beruflichen Entwicklung

Fachtagung »männer leben – Ein anderer Blick auf den Geburtenrückgang«, Freiburg, 11.–12.9.2004



Neue DJI-Materialien

■ Sabine Herzig (Hrsg.) **Kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern**

Eine kommentierte Bibliografie
München 2004, 172 S.

Die Problematik der kommerziellen sexuellen Ausbeutung von Kindern erfährt seit Mitte der Neunzigerjahre auf nationaler wie auch internationaler Ebene zunehmend Beachtung. Maßgeblich ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass im Jahr 1996 der erste Weltkongress gegen die gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern in Stockholm stattfand. Auf diesem wurden seit Jahren beobachtbare Tendenzen in den Bereichen des Prostitutionstourismus, der Kinderprostitution und Kinderpornografie von der Fachwelt klar benannt mit dem Ziel, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen und auch Aktivitäten auf politischer Ebene voranzubringen. Dies zog eine Reihe von Programmen und rechtliche Neuregelungen nach sich, die in der Fachliteratur dokumentiert und analysiert wurden. Auf dem zweiten Weltkongress 2001 in Yokohama wurden die Initiativen weiter konkretisiert und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung kommerzieller sexueller Ausbeutung von Kindern festgeschrieben. Die Veröffentlichung möchte allen Interessierten einen Überblick über zentrale, zum Themenbereich erschienene deutsch- und englischsprachige Fachliteratur vermitteln und somit einen Beitrag dazu leisten, über den eigenen berufsspezifischen »Tellerrand« hinauszu- sehen im Hinblick auf eine notwendige interdisziplinäre Zusammenarbeit zum Schutz der Kinder.

Die Veröffentlichung kann kostenlos bezogen werden über Anet Holzweg, Tel. 089 623 06-229, Fax: 089 623 06-162, E-Mail: holzweg@dji.de, Internet: <http://www.dji.de/ikk>

Aufsätze von DJI-AutorInnen

■ Wolfgang Erler

Migranten-Familien als Motor der Integration in der Einwanderungsgesellschaft – Bausteine für einen ressourcenorientierten Ansatz

In: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.): Zielgruppenkonferenz für Akteure und Akteurinnen aus E&C-Gebieten: Interkulturelle Stadt(teil)politik. Dokumentation der Veranstaltung vom 8.–9. Dezember 2003 in Berlin. <http://www.eundc.de>

■ Nora Gaupp, Tilly Lex, Birgit Reißig

Skeptischer Blick in die berufliche Zukunft – Junge Migrantinnen und Migranten am Ende der Schulzeit

In: Jugend, Beruf, Gesellschaft, 3/2004, S. 154–163

■ Thomas Gericke

Eine faire Chance für junge Leute

In: Themenheft »Berufsausbildung« der Zeitschrift des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt »Momente aus Kirche und Arbeitswelt«, 2/2004, S. 7–9

■ Michaela Glaser

Von der Einsamkeit der Gipfel und den Mühen der Ebene. Theorie und Praxis interkulturellen Lernens in der Jugendarbeit – eine Landschaftsbeschreibung

In: kursiv – Journal für politische Bildung, 2/2004, S. 46–56

■ Martina Heitkötter, Karin Jurczyk, Andreas Lange

Zeit in Familien – Zeitpolitik für Familien

In: Zeitpolitisches Magazin, 2. Jg., 3/2004, S. 1–4

■ Sabrina Hoops

Partizipation und Zwangskontext – Mitwirkung im Spiegel der Konzeptionen von »geschlossenen Heimen«

In: Zentralblatt für Jugendrecht, 7/8/2004, S. 274–284

Karin Jurczyk

Familie in einer neuen Erwerbswelt – Herausforderungen für eine nachhaltige Familienpolitik

In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen. Zeit für Familien (Hrsg.): Beiträge zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsalltag aus familienpolitischer Sicht. Bern 2004, S. 107–128 (auch in ital. und franz. Übersetzung erschienen)

■ Susanne Klingelhöfer, Peter Rieker

Junge Flüchtlinge in Deutschland. Informationen – Forschungsstand – Forschungsbedarf

In: Jugend Beruf Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 2/2004, S. 100–108

■ Andreas Lange

Kindheitsforschung und Generationenkonzept: Eine medien- und kulturwissenschaftliche Skizze

In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24. Jg., 3/2004, S. 303–318

■ Andreas Lange

Von Demografiekeulen und anderen generationenrhetorischen Nebelkerzen. Wissens- und alltagssoziologische Betrachtungen zum Konzept der Generationengerechtigkeit

In: Kai Burmeister, Björn Böhning (Hrsg.): Generationen und Gerechtigkeit. Hamburg 2004, S. 198–210

■ Andreas Lange

Das gute Leben – kein Thema der Sozialwissenschaften?

In: Soziologie Revue, 27. Jg., 3/2004, S. 329–336

■ Andrea Michel

Angst und Lernbarrieren verhindern. Frühe Prävention von Schulmüdigkeit

In: Gernot Barth, Joachim Henseler (Hrsg.): Jugendliche in Krisen. Über den pädagogischen Umgang mit dem Phänomen Schulverweigerung, Baltmannsweiler. (i. E.)

■ Thomas Rauschenbach

Der Druck kommt gleich von mehreren Seiten

In: Jugend Nachrichten, 58. Jg., 7/2004, S. 7–8

■ Thomas Rauschenbach

Betreuung statt mehr Kindergeld. Kindertagesstätten sind nicht nur ein Plus für Eltern und Kinder. Sie nutzen der ganzen Gesellschaft

In: vorwärts, 7/8/2004, S. 11

■ Peggy Szymenderski, Andreas Lange

Entgrenzung von Arbeitszeiten. Kinderbetreuung und die Zukunftsfähigkeit von Familie: Ein soziologischer Zugang

In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 55. Jg., 7/8/2004, S. 459–469

■ Andreas Vossler

The participation of children and adolescents in family counselling: the German experience

In: Counselling and Psychotherapy Research, 4. Jg., 1/2004, S. 54–61

■ Svendy Wittmann

Mädchen und Gewalt: Forschungsbefunde, Jugendhilfekonzepte und Forschungsbedarf

In: Kirsten Bruhns (Hrsg.): Geschlechterforschung in der Kinder- und Jugendhilfe. Praxisstand und Forschungsperspektiven. Wiesbaden 2004, S. 259–278

■ Corina Wustmann

Resilienz – Widerstandsfähigkeit von Kindern fördern

In: klein & groß, 7/8/2004, S. 28–31



Neue DJI-Publikationen

www.dji.de/veroeffentlichungen

Bezug nur über den Buchhandel!

■ *Ulrike Richter (Hrsg.)*

Jugendsozialarbeit im Gender Mainstream

Gute Beispiele aus der Praxis

Übergänge in Arbeit, Band 4

München: DJI Verlag 2004

340 S., 9,90 €

ISBN 3-87966-408-0

Warum wollen Jungen in der KFZ-Werkstatt arbeiten? Weshalb drängen Mädchen in helfende Berufe? Ist »Techniknähe« männlich und »Menschennähe« weiblich?

Die Wirkung geschlechtsspezifischer Rollensereotype ist beim Zugang von Jungen und Mädchen zu Ausbildung und Arbeit nach wie vor ungebrochen. Jugendsozialarbeit will Jugendliche darin unterstützen, ihren Fähigkeiten entsprechende berufliche Chancen zu ergreifen. Dazu müssen tradierte Muster der Berufszuordnung überwunden werden. Die Eignung der jungen Menschen muss zum Berufswahlargument werden – nicht das Geschlecht.

Der vorliegende Band beschreibt die Strategien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Jugendsozialarbeit anhand der Darstellung von guten Beispielen aus der Praxis. Der schwierige Übergang von Schule in den Beruf bildet den Schwerpunkt. Gender Mainstreaming in der Jugendsozialarbeit muss hier ansetzen, um Geschlechtergerechtigkeit beim Zugang zu Ausbildung und Erwerbsarbeit zu fördern.

■ *Tilly Lex, Günther Schaub*

Arbeiten und Lernen im Jugendhilfebetrieb

Zwischen Arbeitsförderung und Markt-orientierung

Übergänge in Arbeit, Band 5

München: DJI Verlag 2004

276 S., 9,90 €

ISBN 3-87966-409-9

In Jugendhilfebetrieben soll die Praxis- und Arbeitsmarktferne von Fördermaßnahmen für arbeitslose Jugendliche überwunden werden, indem unter betriebsförmigen oder betriebsähnlichen Bedingungen Produkte und Dienstleistungen erarbeitet werden, die auf dem Markt ihre Abnehmer finden müssen. Durch den Ernstcharakter von Arbeit sollen Jugendliche eine an den Anforderungen der realen Arbeitswelt ausgerichtete Förderung erfahren und dadurch ihre Chancen verbessern, auf dem Ersten Arbeitsmarkt einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden.

Die Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts in Jugendhilfebetrieben sind der Frage nachgegangen, wie diese mit widersprüchlichen Anforderungen – Marktbezug einerseits und Förderung benachteiligter Jugendlicher andererseits – umgehen. Welche Strategien entwickeln Jugendhilfebetriebe, um sich am Markt zu behaupten und gleichzeitig Jugendliche mit Benachteiligungen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fit zu machen? Wie können Jugendhilfebetriebe nahe am Markt agieren, damit Jugendliche unter realen Arbeitsbedingungen lernen, ihr Arbeitsvermögen zu entwickeln, und wie kann gleichzeitig verhindert werden, dass diejenigen, die dem Auftragsdruck nicht gewachsen sind, überfordert und ausgegrenzt werden?

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, wie durch eine lernförderliche Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsorganisation benachteiligte Jugendliche beruflich integriert werden können. Damit werden Standards gesetzt, an denen sich andere Formen der Förderung messen lassen müssen.

■ *Hans-Uwe Otto, Thomas Rauschenbach (Hrsg.)*

Die andere Seite der Bildung

Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen

Wiesbaden: VS-Verlag 2004

255 S., 24,90 €

ISBN 3-531-14369-7

In Deutschland wird in der aktuellen Bildungsdebatte eine grundlegende Veränderung des Bildungs- und Erziehungswesens gefordert. Dabei konzentrieren sich die Überlegungen weitgehend auf die Schule. Die Beiträge in dem Band »Die andere Seite der Bildung« erweitern die Diskussion und gehen der Frage nach, welche Rolle die nichtschulischen Bildungsorte, die informellen Lernprozesse und Akteure wie die Kinder- und Jugendhilfe einnehmen. Dabei stehen sowohl konzeptionelle Überlegungen für ein erweitertes Bildungsverständnis als auch die Frage der Bildungsleistungen in den Arbeitsfeldern Kindertagesbetreuung und Jugendarbeit im Mittelpunkt. Es geht in diesem Zusammenhang sowohl um die Klärung einer bildungsbezogenen Selbstverortung der Kinder- und Jugendhilfe als auch um ein neues pragmatisches Verhältnis zur Bildungsinstanz Schule.



■ Karin Jurczyk, Thomas Rauschenbach, Wolfgang Tietze, Lis Keimeleder, Kornelia Schneider, Marianne Schumann, Susanne Stempinski, Karin Weiß, Anne Zehnbauer
Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung

Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung in Privathaushalten
 Weinheim / Basel: Beltz
 372 S., 29,90 €
 ISBN 3-407-56295-0

Die Kindertagespflege in Deutschland steht an einem Wendepunkt. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, das Angebot an Plätzen in dieser familiennahen, flexiblen und für die öffentlichen Kassen vergleichsweise kostengünstigen Betreuungsform vor allem für Kinder unter drei Jahren zahlenmäßig auszubauen. Tagespflege kann jedoch nur dann eine Antwort auf die steigenden Erfordernisse der Balance von Familie und Erwerbstätigkeit und die gestiegenen Anforderungen an frühkindliche Bildung bieten, wenn sie zur qualifizierten Familientagesbetreuung weiterentwickelt und aus ihrem bislang unklaren Status in öffentliche Verantwortung und Regulierung überführt wird.

Das Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt Schritte dar, die für einen quantitativen und qualitativen Ausbau der Tagespflege und für ihre Entwicklung zu einer zukunftsfähigen Familientagesbetreuung notwendig sind. Ausgehend von rechtlichen Grundlagen, Zahlen und Fakten zu Angebot und Nutzung werden Themen wie Qualitätsaufbau und -sicherung durch integrierte fachliche Begleitung, externe Qualitätsmessung sowie die Verbesserung von Arbeitsstatus und Verdienst der Tagespflegepersonen ausgeführt. Diskutiert werden auch die Nutzung des Mediums Internet sowie Kooperationsmöglichkeiten zwischen Tagespflege und Tageseinrichtungen. Die Veröffentlichung bietet überdies Informationen über die Kosten für eine qualifizierte Kindertagespflege und den möglichen Nutzen neuer Arbeitsmarktinstrumente für die Gewinnung zusätzlicher Tagespflegepersonen. Ein Blick auf Erfahrungen in der Tagespflege fortgeschrittener europäischer Nachbarländer ergänzt die fachliche Binnenperspektive. Mit dem vorliegenden Gutachten können wichtige Impulse für die politische Neugestaltung und Anregungen für die Fachwelt gegeben werden.

■ Peter Wahler, Claus J. Tully, Christine Preiß
Jugendliche in neuen Lernwelten

Selbstorganisierte Bildung jenseits institutioneller Qualifizierung
 DJI-Reihe (Jugend)
 Wiesbaden: VS Verlag
 230 S., 24,90 €
 ISBN 3-531-14206-2

Lernen und Bildung sind wieder stärker in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Insbesondere die Frage nach der Qualität schulischer Lernprozesse hat breite Resonanz gefunden. Informelle Lernprozesse, die außerhalb dieser Institution stattfinden, im Kindes- und Jugendalter aber an der Tagesordnung sind, blieben bislang eher unberücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Untersuchung der Frage nach, welche Bedeutung außerschulische Lernerfahrungen für die Bildung Heranwachsender haben. Im Rahmen der empirischen Studie wurden über 2.000 Jugendliche (15- bis 18-jährig) befragt. Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse dieser Studie und gibt am Beispiel von Sport, Nebenjobs, Informationstechnik und Musik einen Überblick über ihre außerschulischen Aktivitäten. Die Daten geben Aufschluss darüber, welche Interessen und Motive auf Seiten der Schüler vorhanden sind und welche Bildungsansprüche und Zukunftsperspektiven sie mit dem Lernen außerhalb der Schule verbinden. In einem abschließenden Kapitel werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund einer veränderten Jugendbiografie auch im Hinblick auf ihre bildungspolitische Bedeutung erörtert.

■ Christine Feil, Regina Decker, Christoph Gieger

Wie entdecken Kinder das Internet?
 Beobachtungen bei 5- bis 12-jährigen Kindern
 DJI-Reihe (Kinder)
 255 S., 22,90 €
 ISBN 3-8100-4227-7

Was interessiert Kinder am und im Internet? Was macht ihnen Spaß, was Probleme? Wie gehen sie bei der Suche und Selektion vor? Was bedeutet Internetkompetenz im Kindesalter?

Der kinderspezifische Internetumgang ist der zentrale Aspekt der Studie »Wie entdecken Kinder das Internet?«. Präsentiert werden Ergebnisse aus teilnehmenden Beobachtungen von Internetbesuchen 5- bis 12-jähriger Kinder. Die Befragung von Eltern und Erzieherinnen zur Bedeutung des Internets im Alltag ordnen die Internetaktivitäten der Kinder in ihr je spezifisches Erfahrungsspektrum ein. Das weit verbreitete Bild vom »medienkompetenten Kind« wird vor dem Hintergrund des Internetumgangs der Kinder zur Disposition gestellt. Schließlich wird Internetkompetenz altersspezifisch differenziert, um medienpädagogische Handlungspotenziale aufzuzeigen, die Kinder befähigen, das Internet für sich selbst »gewinnbringend« zu nutzen.